№ 94. Inowraclaw, Donnerstag, den 29. November 1866

Kujawisches Wochenblatt.

Organ für die Kreise Inowraclaw, Mogilno und Gnesen.

Erscheint Montags und Donnerstags.
Vierteljährlicher Abonnementspreis:
für Hiesige 11 Sgr. durch alle Kgl. Postanstalten 12½ Sgr.

Fünfter Jahrgang.
Verantwortlicher Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw.

Insertionsgebühren für die dreigespaltene Korpuszeile oder deren Raum 1¼ Sgr.
Expedition: Geschäftslokal Friedrichsstraße Nr. 7.

Nord- und Süddeutschland.

Trotzdem unsere Offiziösen fort und fort versichern, daß das Verhältniß zwischen unserer Regierung und der französischen das herzlichste und freundschaftlichste sei, so deuten doch gewisse Anzeichen darauf hin, daß man sich hier an maßgebender Stelle den Eindrücken nicht ganz verschließt, welche die mit so großem Eifer in Frankreich betriebenen Rüstungen hervorrufen müssen. Wenn man also fortfährt, sich auf die Freundschaft Frankreichs zu berufen, man weiß doch, daß der Zweck der Rüstungen Frankreichs nur die nachdrückliche Betonung seiner nur einstweilen zurückgezogenen Kompensationsforderung am Rhein ist, und daß man daher, da Oesterreich offenbar bereit ist, jedes Bündniß mit Frankreich einzugehen, sich darauf gefaßt machen muß, solchen Forderungen vielleicht schon in der nächster Zeit mit den Waffen in der Hand entgegen zu treten. Die nächste Folge dieser Erkenntniß ist, daß man eine veränderte Haltung gegen Süddeutschland angenommen hat. Bis jetzt schien man mit ziemlicher Konsequenz den Plan zu verfolgen, die Süddeutschen so recht zum Gefühl ihrer Ohnmacht kommen zu lassen, ehe man sich geneigt zeigen würde, über eine Ausdehnung des norddeutschen Bundes auf ganz Deutschland zu unterhandeln. Man wird sich nicht täuschen, wenn man dieses strenge Festhalten an der Mainlinie als eine Folge der Rücksichtnahme auf Frankreich bezeichnet. Mit dem Moment aber, wo diese Rücksichtsnahme nicht mehr als durchaus maßgebend angesehen wird, ist es natürlich, daß man auch eine Aenderung in der Haltung gegen Süddeutschland eintreten läßt. Die Regierung wird zwar auch jetzt noch nicht eine Ausdehnung des norddeutschen Bundes auf Gebiet südlich vom Main offen anstreben, aber das Abschließen von Militärconventionen wird nicht mehr so schroff von der Hand gewiesen werden, wie dies früher geschehen ist. An dem entscheidenden Wendepunkte aber werden wir dann angekommen sein, wenn Preußen auf den dringenden Wunsch Badens und Würtembergs nach einer Besetzung der Festungen Rastadt und Ulm, so ist damit die militärische Zusammengehörigkeit von Nord- und Süddeutschland ausgesprochen. Diese Zusammengehörigkeit existirt aber, wir mögen sie wollen, oder nicht, und ein österreichisch-französisches Bündniß würde uns schnell diese Zusammengehörigkeit so einleuchtend demonstriren, daß wir noch im letzten Augenblick jene Festungen, wenn wir sie dann noch haben können, und die dazu gehörige militärige Stellung einnehmen müssen, wenn wir unsere eigene Südgrenze wirksam vertheidigen wollen. Wenn auch unsere Fürsten und Staatsmänner die Einheit des ganzen Deutschlands nicht wollen, unsere Feinde wie die geographische Gestaltung Deutschlands sorgen schon dafür, daß sie hergestellt werden muß. Wir dürfen nicht auf dem halben Wege stehen bleiben und wäre es auch nur, um das sicher erhalten zu können, was wir bis jetzt haben.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus. [30. Sitzung vom 24 November. Eröffnung 10 Uhr 25 Minuten. Am Ministertische: v. d. Heydt, v. Selchow und zwei Regierungscommissarien.

Zur Vorberathung steht auf der Tagesordnung der Etat für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten pro 1867. Zu diesem Etat gehören der bereits bekannte Harkortsche Antrag in Bezug auf das Consularwesen, sowie verschiedene Anträge Hoverbecks, welche bei den einzelnen Titeln zur Sprache kommen werden.

Den einleitenden Vortrag hält der Regierungskommissar Geh. Legationsrath v. Keudell. Mit einigen Bemerkungen über die Einnahmen geht er zu den Ausgaben über. Unter Titel 1, 6 und 7 finden sich erhebliche Mehrbeträge angesetzt. Die Staatsregierung hat den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet erachtet, um theils eine nothwendige Vermehrung der etatsmäßigen Arbeitskräfte des Ministeriums zu erbitten, theils den Klagen und Beschwerden abzuhelfen, welche seit einer Reihe von Jahren über das Unzureichende der Gehälter der Gesandtschaften erhoben worden sind. Einen natürlichen Anlaß dazu bot der Staatsregierung die eingetretene Erweiterung des Staatsgebiets, die dadurch bedingte Vermehrung der im Auslande zu vertretenden Preußen um ungefähr ein Viertel.

Graf Bethusy-Hue: Die Einverleibung der neuen Landestheile ist kein Provisorium, sondern ein Definitivum. Wir haben uns die Braut auf dem Schlachtfelde erobert, wir wollen ihr auch ein ordentliches, dauernd bewohnbares Haus einrichten im Ordinarium und nicht im Extraordinarium. — Abg. v. Hoverbeck: Der Herr Vorredner behandelt die neuen Provinzen, wie die alten Römer etwa die Sabinerinnen. Wir haben die Verpflichtung, den Vertretern der neuen Provinzen ihr Recht zu wahren, bei der Berathung etwaiger Ausgaben, zu welchen ihre Wähler mit herangezogen werden konnten. Dies ist hier der Fall und darum ist hier ein Provisorium geboten. — Abg. Aßmann: Ich muß mich auch gegen den Antrag des Hrn. Hoverbeck erklären, denn ich halte die Vertretung, wie sie von der Staatsregierung im Staatshaushaltsetat projektirt, für geboten, auch nach der definitiven Einverteibung der neuen Provinzen und deshalb glaube ich nicht, daß wir durch die Genehmigung präjudiciren. — Dr. Virchow erklärt sich für den Antrag des Herrn Hoverbeck denn den neuen Provinzen müsse die Last mit aufgebürdet werden, darum müsse man auch ihre Stimme zuvor hören. — Dr. Bunsen ist gegen den Antrag. — Nachdem noch der Abg. v. Hoverbeck seinen Antrag vertheidigt und der Abg. v. Vincke (Hagen) denselben bekämpft, schreitet das Haus zur Abstimmung. Bei derselben wird Nr. 1. des Antrages abgelehnt, und nimmt in Folge dessen der Antragsteller die Theile 2—3 seines Antrages zurück. Zu Tit. 6. Gesandtschaften und Consulate bezieht sich Theil 4 des Hoverbeckschen Antrages. — Hierauf werden die Positionen 1—15 und dann die übrigen Positionen des Etats genehmigt.

Es folgt der Etat des Finanzministeriums, welchen der Regierungskommissar Geh. Ober-Finanzrath Mölle einleitet. Nach einem allgemeinen Ueberblick über die Ausgaben im Allgemeinen gegeben, verweist derselbe darauf, daß das Steuerwesen mehr Arbeit durch die neuen Provinzen erhalten habe, wodurch die Vermehrung der Arbeitskräfte nothwendig geworden ist. Er bittet den Präsidenten zunächst über 1—4 der Centralverwaltung abstimmen zu lassen. Die Positionen werden genehmigt. — Zu Position 3 ergreift Abg. Duncker das Wort, um seinen Antrag zu befürworten, welcher von dem Finanzminister einen Ueberblick wünscht von den in den letzten 17 Jahren stattgehabten Rentenablösungen. — Regierungs-Kommissar Mölle bittet, von einem solchen Verlangen, daß ein höchst complicirtes, aber wenig fruchtbringendes sei, Abstand zu nehmen. — Zu Tit. 2 Position 2 beantragt Dr. Eberty, die Stifte gänzlich eingehen zu lassen, wenigstens aber bei den Stiften Naumburg

und Merseburg die Staatsunterstützung eingehen zu lassen. — Abg. v. Carlowitz spricht gegen die Bewilligung, während der Regierungs-Kommissar sie vertheidigt. — Dr. Eberty: Die Mittel gehören der Kirche und deshalb widerspricht die Allerhöchste Ordre dem Gesetz von 1820 und ist zu verwerfen. — Abg. Richter (Berlin): Wir mögen über die Stifte denken, was wir wollen, wir werden nichtsdestoweniger die 6700 Thaler bewilligen müssen, denn der Staat ist zu dieser Zahlung bis zum Jahre 1879 verpflichtet. — Graf Schwerin hebt denselben Gesichtspunkt hervor, und nachdem Graf Kleist auf das Wort verzichtet, wird die Summe bewilligt. — Bei der Position Wartegelder für Civilbeamte bittet Abg. Duncker um Auskunft, ob der frühere Polizeidirektor Stieber, der auf Wartegeld gesetzt sei — wie das Gerücht gehe — als Organisator in den neuen Provinzen, namentlich in Hannover verwendet werden solle. — Regierungskommissär Mölle entgegnet, daß im Finanzministerium nichts bekannt sei, wo die auf Wartegeld stehenden Personen verwendet würden. Dann werden diese Positionen bis Kapitel 5., Oberpräsidien und Regierungen, genehmigt, und die Sitzung um 2 Uhr 55 Minuten auf Montag vertagt.

[31. Sitzung vom 26. November.] Eröffnung: 1 Uhr 45 Min. Am Ministertische: Graf Eulenburg, v. d. Heydt, v. Selchow und 2 Regierungs-Kommissarien.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort der Abg. Stavenhagen: M. H.! Durch die 18. Kommission, welche zur Berathung des Dotationsgesetzes niedergesetzt ist, bin ich durch einstimmigen Beschluß und in Uebereinstimmung mit der Königl. Staatsregierung beauftragt worden, in Gemäßheit des § 18 der Geschäftsordnung bei dem Hohen Hause zu beantragen: Die Oeffentlichkeit bei den Verhandlungen der Commission für alle Nichtmitglieder der Kommission auszuschließen. Zur Motivirung dieses Antrages wird es weiterer Worte nicht bedürfen, als nur einfach die Bemerkung, daß es sich hier nur um Personen handelt.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Erster Gegenstand desselben ist der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des § 6 des Gesetzes vom 20. Mai 1861 über die anderweite Regulirung der Grundsteuer und die Uebernahme der Grundsteuer-Veranlagungskosten auf den Staat. Die Commission für Finanzen und Zölle beantragt die Genehmigung des Gesetzentwurfs. — Abg. Reichensperger stellt den Antrag, zwischen den §§ 2 und 3 einen neuen Paragraph einzufügen, dahin lautend: Zur Ausgleichung der Kassen-Differenz, welche sich bei der Veranlagung in den verschiedenen Landestheilen ergeben hat, wird dem Allgemeinen Katasterfonds der beiden östlichen Provinzen, die Summe von 11,000 Thlr. aus der Staatskasse überwiesen. — Abg. Michaelis: Jetzt gerade haben wir die Aufgabe die Einheit des Staats zu zeigen und nicht provinzielle Zwistigkeiten aufzufrischen, namentlich wenn es sich um eine solche Kleinigkeit handelt. (Bravo.) — Abg Dr. Michelis (Allenstein): Wenn ich ein Mann grundsätzlicher Opposition wäre, so würde ich gegen das Amendement stimmen; weil ich aber von dem Grundsatze ausgehe, daß man das richtige conservative Prinzip unterstützen muß, so stimme ich für das Amendement, weil es mir daran liegt, die Gerechtigkeit in Preußen aufrecht zu erhalten. Abg. Elven erklärt, daß er gegen das Amendement stimme, weil ihm die Sache zu geringfügig und der Protest an anderer Stelle niedergelegt sei.

Der Reichensperger'sche Antrag wird abgelehnt, der Gesetzentwurf angenommen.

Es folgen Petitionsberathungen.

Der Zimmergeselle Rabbach in Plessow beschwert sich darüber, daß ihm der Consens zur Erbauung eines Wohnhauses verweigert worden sei. Die hierauf folgende Petition ist von einem im Oldenburgischen wohnenden Veteranen an das Abgeordnetenhaus gerichtet, welcher Ansprüche auf eine Unterstützung aus dem preußischen Veteranenfonds zu haben glaubt. Die Commission beantragte die Ueberweisung der Petition an die Regierung, um das gesetzliche Verhältniß solcher Individuen ein für allemal grundsätzlich festzustellen. Die hierüber sich entspinnende Diskussion zwischen den Abgg. Gneist, v. Gerlach, Stavenhagen und dem Regierungs-Commissarius Pieper endete mit dem Beschlusse des Hauses, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, worauf die Sitzung um 3 Uhr 35 Min. geschlossen wurde.

[32. Sitzung vom 27. November.] Eröffnung: 10 Uhr 20 Min. Am Ministertische: v. d. Heydt, v. Selchow und drei Regierungs-Commissarien.

Die Vorberathung des Etats für das Finanzministerium wird fortgesetzt. Abg. Duncker stellt und rechtfertigt den Antrag: „Die Königl. Regierung wiederholt und dringend aufzufordern, das bereits längst zugesagte Gesetz wegen Pensionirung der Civilbeamten, Offiziere und Militärbeamten wenigstens in der nächsten Sitzung vorzulegen." — Bei der Abstimmung wird der Dunker'sche Antrag angenommen.

5. Ober-Präsidien und Regierungen. Abg. v. Unruh beantragt die Streichung der beiden neuen Dirigentenstellen bei den Regierungen zu Oppeln und Gumbinnen. Zur Begründung dieses Antrages geht er näher auf die Verfassung und Geschäfte der Regierungen ein. — Abg. Polomsk sucht nachzuweisen, daß die Geschäfte der beiden Regierungs-Collegien, namentlich bei der Schulabtheilung sich bedeutend vermehrt hätten. Tragen Sie Rechnung der öffentlichen Stimmung. — Abg. Richter (Beln): Wenn uns eine Vorlage gemacht wäre, diesem dringenden Nothstande abzuhelfen, würde ich mich dafür ausgesprochen haben, unter diesen Umständen ist es mir aber unmöglich; das ist ein Sprung, den ich nicht mitspringen kann. Die kirchlichen Behörden haben seit Jahren planmäßig auf Beseitigung der Umstände hingewirkt, wenn aber dem Nothstande noch nicht abgeholfen ist, so liegt es nicht daran, daß die Schulräthe mangelten, sondern daß das Geld dazu fehlte. Auch ist der Grund noch in dem Dualismus zu suchen, der dadurch entsteht, daß zwei Behörden, das Consistorium und die Abtheilung der Regierungen mitzusprechen haben. Genehmigen wir diese Vorlage, so sanctioniren wir diesen Dualismus von Neuem. Ich will nicht den Dualismus verlängern und ersuche Sie darum gegen den Antrag der Regierung zu stimmen. — Graf Schwerin: Ich bitte Sie dringend, für den Antrag der Regierung zu stimmen. Die Abgeordneten für Magdeburg und Berlin haben ihre Ausführungen sehr weit hergeholt und wie es mir scheint, nur in der Absicht, aus einer reinen Verwaltungs-Angelegenheit eine politische Frage zu machen. Ich gestehe zu, daß eine Reorganisation auf kirchlichem Gebiet nothwendig und dringend ist, aber deshalb wird man doch die Thätigkeit der Regierung nicht beschränken können, und unsere Aufgabe muß es sein, auch in diesen beiden Regierungsbezirken die Regierungen in den Stand zu setzen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind. Ueber die Ausdehnung, welche die Regierungen erhalten müssen, mitzusprechen, sind wir wirklich nicht im Stande. Die 3000 Thlr. haben keine so erhebliche Bedeutung, daß wir ihretwegen die Thätigkeit der betreffenden Regierung beschränken sollten. Erkennen Sie mit der Regierung das Vorhandensein des Bedürfnisses an, so genehmigen Sie den Antrag.

Nachdem die Diskussion geschlossen, wurde über die Forderung der Regierung namentlich abgestimmt und dieselbe mit 146 gegen 136 Stimmen bewilligt, wodurch also der Antrag des Abg. v. Unruh abgelehnt ist.

Herrenhaus. [13. Sitzung vom 26. November.] Der Präsident Graf Eberhardt zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min., welcher nur eine geringe Zahl von Mitgliedern beiwohnte. Am Ministertisch befand sich nur der Handelsminister Graf Itzenplitz. Es folgen zunächst geschäftliche Mittheilungen, eine große Zahl von Urlaubsgesuchen, die bewilligt werden. Der Minister der Auswärtigen hat ein Schreiben an das Präsidium gerichtet, in welchem auf einen Druckfehler in dem Bericht über das Indemnitätsgesetz aufmerksam gemacht wird. Der Finanzminister hat dem Hause die erforderliche Anzahl Exemplare des Staatshaushaltsetats pro 1867 übersendet. Der Minister des Innern hat dem Hause von den neuen Berufungen Kenntniß gegeben. Von dem Abgeordnetenhause sind die bisher in Betreff des Staatshaushaltsetats gefaßten Beschlüsse mitgetheilt; ebenso die Ernennung der Abgg. Grabow, v. Hennig und Michaelis zu Mitgliedern der Staatsschulden-Commission. Ein Schreiben eines Herrn Ahlemann aus Augustenburg ist eingegangen und wird auf den Tisch des Hauses ausgelegt. Demnächst überreicht der Handelsminister einen Gesetzentwurf betreffend Bestimmungen bei Neu- und Retablissementsbauten in Städten und Dörfern. Derselbe wird einer besonderen Commission von 15 Mitgliedern überwiesen und dann die Sitzung um 1 Uhr 40 Min. geschlossen, nächste Sitzung unbestimmt.

Deutschland.

Berlin. (Der Militär-Etat für 1867.) Die Thronrede, mit der die Session unmittelbar nach dem Kriege eröffnet wurde, drückte die Hoffnung aus, daß die Resultate dieses Krieges dem preußischen Volk eine Erleichterung der Militärlast verschaffen werden. Der Militäretat pro 1867 weist eine solche aber noch gar nicht auf. Man wird uns entgegnen, da sind die neuen Provinzen, die für die entsprechenden Heerestheile organisirt werden müssen, und noch mehr, da ist die allgemeine Lage Europas, besonders das gefährliche Bündniß zwischen Oesterreich und Frankreich, das uns mit einem neuen Kriege bedroht. Was aber die neuen Provinzen entspricht, so haben diese für 1867 noch ihr eigenes Budget und in dem Budget findet sich auch kein Posten, der speciell für die neuen Provinzen bestimmt ist. Die neuen Provinzen werden ja ihren Heerestheil stellen und die künftigen Budgets des vergrößerten Preußen werden ohne Zweifel noch manche außerordentliche Ausgabe zeigen, die dadurch nothwendig wird, daß diese neuen Truppentheile ganz auf die Höhe der übrigen Armee erhoben werden. Darauf müssen wir gefaßt sein, aber das jetzige Budget enthält noch nichts und kann nichts davon enthalten. Die gefahrdrohende Lage Europas verkennen wir nicht, und wir sind in dieser Beziehung darauf gefaßt, daß durch einen größeren Präsenzstand bei unseren Regimentern, durch Ausrüstung ꝛc. beträchtliche Mehrkosten erwachsen werden. Worauf wir aber nicht gefaßt gewesen sind, d. i. die beträchtliche Vermehrung der Armee, besonders durch die Formation ganz neuer Kavallerie-Regimenter. Wir sind ohne diese Regimenter glücklich durch das Jahr 1866 gekommen, stehen jetzt für 1867 der Bildung der Armee des norddeutschen Bundes gegenüber und hatten von dieser Neubildung ebenso wie die Thronrede eine wesentliche Erleichterung für uns erwartet. Wenn wir aber in diesem Uebergangsjahr unsere heutige Armee noch so

sehr vermehren und zwar in dem kostspieligsten Truppentheile, in der Kavallerie, so wird schwerlich auch die größte Erleichterung, die uns durch die Bildung einer Armee des norddeutschen Bundes für andere Theile unserer Armee gewährt werden könnte, so groß sein, daß sie auch der neuen Belastung gleich käme, welche durch diese Vermehrung der Kavallerie uns auferlegt wird.

Daß diese, wie man jetzt hört, schon längst beabsichtigte Vermehrung der Kavallerie gerade in diesem Uebergangsjahr 1867 vorgenommen wird, hat nun aber auch eine besondere politische Bedeutung. Alle Parteien im Abgeordnetenhause sind nach dem Studium des vorgelegten Militär-Etats und nach der sorgfältigen Erwägung aller Verhältnisse, die sowohl durch die Vergrößerung unseres Staates als durch die Bildung des norddeutschen Bundes eintreten, zu der Ueberzeugung gekommen, daß die gesetzliche Regelung unseres Militärwesens im Angesicht der neuen Verhältnisse jetzt nicht vorgenommen werden kann. Erst wenn der Etat für die neuen Provinzen vorliegt und wenn der norddeutsche Bund und mit ihm seine Armee wirklich gebildet ist, kann davon die Rede sein. Der Militäretat pro 1867 entzieht sich also der speziellen Beurtheilung der Volksvertretung durch die Gewalt der Umstände und somit treten die neuen Regimenter gerade ins Leben in dem Moment, in welchem selbst die Opposition des Wortes verstummen muß. Dem Abgeordnetenhause bleibt dabei nur noch die Pflicht zu erfüllen, das Recht des Landes auf eine gesetzliche, also unter Zustimmung der Volksvertretung bewirkte Feststellung der Größe und Einrichtung unserer Armee bei der Genehmigung des Militäretats ausdrücklich zu wahren, damit nicht durch die unter besonderen Umständen in der Form der Bewilligung eines Pauschquantums abgenöthigte Genehmigung der Schein entsteht, als ob das Abgeordnetenhaus auf eine gesetzliche Regelung des Militärwesens jetzt verzichtet habe.

Die Erhöhung des Soldatensoldes um ½ Sgr. täglich, die vom 1. Januar eintreten soll, ist gewiß die am wenigsten mißgönnte Mehrausgabe des künftigjährigen Etats. Sie entspricht einem wirklichen Volkswunsche, bemerkt die „Rhein. Ztg." Der „Kladderadatsch" läßt zwar seinen Füsilier Kutschke fragen: „Wat ick mir davor koofe?" aber die Soldaten wissen die 6 Pfennige nach Werth und Ursprung zu würdigen. Sie nennen die Zulage den „Fortschritts-Sechser."

Hannover, 25. Nov. Gutem Vernehmen nach ist gestern Nachmittag der Marstall des Königs Georg auf Veranlassung der Regierung mit Beschlag belegt worden.

Das General-Gouvernement hat vorgestern in förmlicher Weise von den hiesigen Schlössern und sonstigen der Krone gehörenden Gebäuden ꝛc. im Namen König Wilhelms Besitz ergriffen. Zugleich ist Verfügung getroffen, daß keine Gelder mehr außer Landes gehen. Wegen der Werthpapiere, die außer der Generalkasse zur Zeit der Katastrophe nach London geschafft wurden, sind von den Bankiers, denen sie gehören, hier Klagen bei Gericht erhoben. Die verklagte Behörde, das Finanz-Departement, wird dem Könige Georg den Streit verkünden und ihn vor das hiesige Obergericht laden lassen.

Den Welfischen Agitationen in den Offizierskreisen, welche in den letzten Zeiten lebhafter als zuvor eine versöhnende Lösung der Militärfrage zu vereiteln suchten, wird durch die gestern publizirte Cabinetsordre die Spitze abgebrochen, wonach die ehemaligen hannoverschen Offiziere bis zum 1. Januar in die preußische übertreten oder pensionirt werden sollen. Der General-Gouverneur räth in einer öffentlichen Bekanntmachung um so mehr zur Eile, als nach dem 1. Januar die auf Grund der Capitulation von Langensalza gewährten Zahlungen nicht mehr in Aussicht ständen.

Amerika.

Newyork. Jefferson Davis ist auf Anordnung des Präsidenten Johnson jetzt von aller Unbequemlichkeit seiner Haft erlöst. Nachdem er sein Ehrenwort abgegeben, den Bannkreis der Festung Monroe nicht zu verlassen, ist ihm gestattet, sich in einem besondern Hause mit seiner Familie einzurichten. (Das geschieht, während die Proklamation Johnson's, welche Davis der Mitschuld an der Ermordung Lincoln's bezichtigte und eine Viertelmillion Belohnung auf seine Ergreifung setzte, noch nicht widerrufen ist.)

Lokales und Provinzielles.

Inowraclaw. Wir haben heute den Tod eines unserer geachtetsten Mitbürger zu beklagen. Der Kaufmann T. Witulski ist am Dienstage, Nachmittags 3½ Uhr, im Alter von 42 Jahren nach neuntägigem Krankenlager verstorben. Der Dahingeschiedene hat sich durch eine lange Reihe von Jahren als Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung um das Wohl der hiesigen Commune sehr verdient gemacht. Sein Wohlthätigkeitssinn zeigte sich bei jeder Gelegenheit, wo es galt, Armen und Nothleidenden ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität zu helfen. Er bewies sich als Mensch im wahren Sinne des Wortes. Die Reellität in seinem Geschäfte sicherte ihm auch nach Außen hin einen guten Ruf, seine Leutseligkeit gegen Jedermann verschaffte ihm die Achtung Aller, die mit ihm in Berührung kamen. Der Tod dieses wackeren Bürgers, der uns im kräftigsten Mannesalter entrissen ist, hat bei allen Schichten der hiesigen Bevölkerung eine große Theilnahme hervorgerufen. — Sanft ruhe seine Asche!

— Es ist die Nachbildung eines Darlehnskassenscheins à 10 Thlr. zum Vorschein gekommen, welche leicht daran zu erkennen ist, daß der silbergraue guillochirte Ueberdruck auf der Schauseite fehlt.

Lyck. In unserer Stadt ist vor Kurzem der Plan aufgetaucht, für Masuren ein politisches Blatt zu begründen. Demgemäß ist auch bereits ein Prospectus ausgegeben worden, dem wir Folgendes entnehmen: „In unserer Zeit hat die Presse, welche die öffentliche Meinung repräsentirt, eine hervorragende, nicht zu unterschätzende Bedeutung im Volksleben gewonnen. Bewußt oder unbewußt spricht sich diese Anerkennung der Presse als eine Macht in der immensen Zahl von politischen Blättern aus, die in unserm Vaterlande existiren. Es dürfte daher auch kaum eine bedeutendere Stadt, geschweige denn eine Provinz in unserm deutschen Vaterlande geben, der es an einem öffentlichen Organe mangelt. Richten wir unsern Blick nur auf das benachbarte preußische Littauen, in dem nicht weniger als sieben Zeitungen das politische wie soziale Leben wiederzuspiegeln bemüht sind. Und mit Recht. Eine Provinz, die heutzutage im öffentlichen Leben mitzählen will, bedarf einer Vertretung in der Presse und durch dieselbe, eine Vertretung, die am geeignetsten und würdigsten durch ein neues Organ vermittelt wird. Somit erscheint es als Ehrensache nicht allein, nein, auch als eine durch das Interesse gebotene Pflicht, daß auch unsere Gegend, die bisher freilich in mancher Beziehung vernachlässigt erscheint, ein Organ sich schaffe, das, dem politischen wie sozialen Leben innerhalb unseres Masurens angemessenen Ausdruck verleihend, seine Interessen nach außen hin würdig vertrete. Indessen bezweifeln wir, daß es dem Unternehmen gelingen werde, die bedeutenden Schwierigkeiten zu überwinden, die sich ihm bei der Ausführung dieses Projektes in den Weg stellen, zumal da Opferwilligkeit für ein gemeinnütziges Unternehmen wie dieses namentlich in unserer Provinz, eine selten anzutreffende Tugend ist.

Das am 27. d. M. Nachmittags $3^1/_2$ Uhr erfolgte Ableben unseres theueren Mannes, Vaters und Bruders, des Kaufmannes **Thadeus Wituski** an den Folgen einen nervösen Leidens zeigen tiefbetrübt an

Inowraclaw, im November 1866.

Die Hinterbliebenen.

Die Exportation der Leiche findet am Donnerstage, 4 Uhr Nachm., die Beerdigung Freitag, Vormittags 10 Uhr statt.

Dnia 27go. t. m. o godzinie pół do czwartéj po południu umarł w skutek cierpień nerwowych drogi nasz mąż, ojciec i brat, **Tadeusz Wituski.** Exportacya zwłok odbędzie się we Czwartek po południu, o godzinie 4téj, pogrzeb w Piątek o 10téj z rana.

Inowrocław, w Listopadzie 1866r.

W smutku pogrążona familia.

Gänzlicher Ausverkauf.

Wegen Aufgabe meines

Manufactur- und Kurzwaaren-Geschäfts

verkaufe ich sämmtliche Artikel, um schnell damit zu räumen, bedeutend unterm Einkaufspreise.

Um zahlreichen Besuch bittet

Meyer Kalischer

in Strzelno.

!! Ausverkauf !!

Wegen Aufgabe unseres **Manufactur-Engros- und Detail-Lagers** haben wir die Preise sämmtlicher Artikel, um schnellstens damit zu räumen, bedeutend herabgesetzt.

MARTIN MICHALSKI & Co.

in Inowraclaw, Breite-Straße.

Billiger Ausverkauf.

Düffelmäntel, Paletots u. Jacken verkaufe ich, um damit schnell zu räumen, zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Tania wyprzedaż.

Płaszcze dyflowe, paletoty i kaftaniki sprzedaję dla prędkiego pozbycia po znacznie zniżonych cenach.

in Inowraclaw. **J. Gottschalk's Wwe,** w Inowrocławiu.

Ausverkauf.

Wegen Aufgabe meines **Confections-Geschäfts** verkaufe ich:

Düffelmäntel und Paletots von 5 bis 20 Thlr.

Düffeljacken von $1^1/_4$ bis 4 Thlr.

in sehr guter Qualität.

Levin Chaskel, in Inowraclaw.

Zu Weihnachtsgeschenken

empfehle mein gut assortirtes Lager

Kleiderstoffe,

ferner ächte leinene Schürzen in bester Qualität zu **sehr billigen** Preisen.

Levin Chaskel, in Inowraclaw.

Leinwand

in vorzüglichster Qualität, für deren Haltbarkeit garantire, empfiehlt zu Fabrik-Preisen

Levin Chaskel, in Inowraclaw.

Männerturn-Verein.

Im Balling'schen Lokale.

Mittwoch, den 5. Dezbr., 8 Uhr Abds.

Vortrag des Herrn Dr. v. Golenski „Aus der Literaturgeschichte" (Forts.)

Gäste einzuführen ist gestattet, doch müssen diese dem Vorstande vorgestellt werden. Zugleich ist den Mitgliedern freigestellt, ihre Familie mitzubringen.

Der Vorstand.

Wegen Aufgabe meines Geschäfts und Verlassens des hiesigen Ortes ersuche ich meine Gläubiger freundlichst, ihre Contis recht baldigst ausgleichen zu wollen.

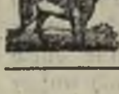
A. Balling.

Bestes Petroleum

das Pfund mit 3 Sgr. 8 Pf. empfiehlt

Alexander Heymann.

Schweizer Absynth.
Wallnüsse.
Stearin- u. Paraffinkerzen, sowie
Hoff'sche Malzfabrikate
empfehlen M. Meumann Soehne.



Ein Hühnerhund hat sich eingefunden. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Ein Lehrling

kann vom 1. Januar oder zum 1. April 1867 in mein Destillationsgeschäft eintreten.

C. Güldenhaupt.

Einen Lehrling

sucht für seine Bäckerei

Eduard Blum,
Bäckermeister in Pakość.

Księgarnia i antykwarnia *Hermana Engla w Inowrocławiu* sprzedaje poniżéj wymienione dobre dzieła zupełnie nowe i kompletne, po bardzo niskich cenach.

MICKIEWICZ AD. Pisma. 5 tomów. Najnowsze kompletne wydanie.
BIBLIOTEKA malownicza najzabawniejszych powieści dla dzieci z drzeworytami. 5 tom.
SIEMIEŃSKIEGO L. Poezye, za 25 sgr.
POL. Pieśni janusza, 3 tomy.
JOCHER. Obraz biblicgraficzno-historyczny literatury polskiéj, 3 tomy.
POL W. Obrazy z życia i podróży.
Z PSALMU PSALMY. Za 10 sgr.
SIEMIEŃSKI. Ostatni rok życia króla Stanisława Augusta.
BUDZIŃSKI. Lechia w IX wieku. 2 tomy.
BIAŁA KNIECHINI. 2 tomy.
MAKSYMILIAN arcyksiążę austryacki, obrany król polski 3 tomy.
KRASZEWSKI. Maleparta. Powieść historyczna. 4 tomy. Zam. 4 tal. za 2 tal 25 sgr.
— O ALGIEBYI. 2 tomy.
CHOLONIEWSKI. Pisma pośmiertne. 2 tomy,
PLATER. Opisanie historyczno-statystyczne W. Ks. Poznańskiego.
MOCHNACKI. Powstanie narodu polskiego. 4 tomy.
OTWINOWSKI. Dzieje Polski pod panowaniem Augusta II.
GRABOWSKI. Skarbniczka naszéj archeologii.
KOZŁOWSKI. Amalia. 2 tomy.
WIERZBOWSKI. Konnotata wypadków w domu i kraju zaszłych od r. 1634—1684.
DO MATEK POLSKICH słów kilka, przez autorkę Pierścionki Babuni.
WITWICKI. Listy z zagranicy.
SZYLLER. Dzieła dramatyczne. 4 tomy.
KRASIŃSKI. Poezye. 3 tomy.
WITWICKI. Wieczory pielgrzyma. 2 tom.
UJEJSKI. Poezye 2 tomy.

Hermana Engla.

CICHA ŁZA

CHRZEŚCIAŃSKA.

KSIĄŻKA DO NABOŻEŃSTWA

dla katolików.

w zapasie w księgarni HERMANA ENGLA.

Handelsbericht.

Inowraclaw, den 28. November.

Man notirt für

Frischer Weizen 125—128pf. bunt 66—70 Thlr. 128—130pf. hellbunt 71—74 Thlr. feine schwere Sorten über Notiz.
Roggen: 122—125pf. 47 bis 48 Thl.
Erbsen: 46—50 Thl.
Gerste: gr 40—42 Thl.,
Hafer 24 Thl. pr. 1200 Pfd.
Kartoffeln 10 Sgr. pro Scheffel

Bromberg 28 November.
Weizen, frischer 124—128pf. holl. 68—73 Thlr. 128—130pf. holl. 75—78 Thlr.
Roggen 122—125pf. holl. 51—52 Thl.,
Erbsen Futter 41—43 Thl. Kocherbsen 54—58 Thl.
Gr.-Gerste 41—43 Thl. feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.
Hafer 25 30 Sgr. pro Scheffel
Spiritus ohne Zufuhr.

Thorn. Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch Papier $123^1/_3$ pCt. Russisch Papier 123 pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß Courant 11—12 pCt.

Berlin, 28. November.
Roggen flau loco $57^1/_2$ bez.
November $55^3/_4$ Nov.-Dez. $55^3/_4$ bez. Frühjahr $58^3/_4$ bez.
Spiritus; loco 17 bez. November $16^{11}/_{24}$ bez. April-Mai $16^5/_6$ bez.
Rüböl: Nov. $12^{13}/_{24}$ bez. April-Mai $12^1/_2$ bez.
Posener neue 4% Pfandbriefe $88^3/_4$ bez.
Amerikanische 6% Anleihe p. 1882. $75^1/_8$ bez.
Russische Banknoten $80^5/_8$ bez.
Staatsschuldscheine $85^3/_4$ bez.

Danzig, 28 November.
Weizen Stimmung: flau. — Umsatz 90 L.

Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw.